

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat mit Schreiben vom 20. März 2023 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Künstliche Intelligenz im Journalismus“.

Begründung:

In der im Januar dieses Jahres veröffentlichten Studie von „Lernende Systeme – Die Plattform für Künstliche Intelligenz“, wird über die Künstliche Intelligenz im Journalismus berichtet. Demnach befinde sich der Journalismus im Zuge der Digitalisierung in einem Veränderungsprozess. Dabei würde auch Künstliche Intelligenz (KI) eine wichtige Rolle spielen und präge bereits den Alltag vieler Nachrichtenredaktionen, beispielsweise bei Börsen- oder Sportberichten. In nicht allzu ferner Zukunft würden immer besser werdende Sprachmodelle, wie ChatGPT, auch komplexe Texte autonom verfassen können. Auf der einen Seite könnten diese Innovationen die journalistische Arbeit einfacher gestalten, die Qualität von Beiträgen steigern und so eine vertrauenswürdige Medienkommunikation fördern. Dies setze allerdings voraus, dass KI-Technologien verantwortungsvoll und nach journalistischen Qualitätsstandards sowie gesellschaftlich verankerten ethischen Prinzipien entwickelt, trainiert und in die redaktionelle Arbeit integriert werden. Auf der anderen Seite könnten durch den Einsatz von KI auch viele nachteilige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, das Fehlen von Genauigkeit, Faktentreue und kontextuellem Verständnis entstehen. Darüber hinaus müsse für den investigativen Journalismus gewährleistet sein, dass KI-Systeme sicher vor unerlaubter Überwachung sind, damit die eingesetzten KI-Systeme weder für Journalisten noch für ihre Quellen zum Nachteil werden können. Daher empfiehlt die Studie, dass der Journalismus von morgen auf der Höhe der technischen Entwicklung sein muss, um mit einem attraktiven und zeitgemäßen Angebot seinem demokratischen Auftrag gerecht werden zu können.

Die Landesregierung wird hierzu um Berichterstattung gebeten. Insbesondere, wie sie die Potenziale und Herausforderungen für Medienschaffende in Rheinland-Pfalz bewertet und wie sie die Gefahr bewertet, dass Mitarbeiter im Bereich Journalismus hierdurch ihre Arbeitsplätze verlieren könnten.